

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 15

vom 17. April 2014

Redaktion: Katja Richardt

Inneres

Verfassungsschutzbericht 2013..... 2

Schule, Jugend und Berufsbildung

Start ins neue Schuljahr: 1.052 mehr Erst- und Fünftklässler 5

Senat zieht Bilanz zu neuer Schulform: Starke Stadtteilschulen mit starker Ausstattung 8

Wirtschaft und Hafen

Hamburg steht zu seinen Betrieben im ländlichen Raum..... 11

Die Zukunft der Schifffahrt..... 13

Zusammenschluss von Hapag-Lloyd und CSAV 14

Kultur

Neue Bewerbungsphase zur Förderung Hamburger Musiklabels 15

Künstlerhaus FRISE und Kulturbehörde bieten erstmals Wohnatelierstipendium „Studio F“ an..... 16

Zur Information

Terminkalender 17

14. April 2014/bis14

„Null Toleranz für Verfassungsfeinde“

Hamburgs Innensenator Michael Neumann und Dr. Manfred Murck, Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, haben am heutigen Montag den aktuellen Verfassungsschutzbericht 2013 vorgestellt.

Hamburgs Innensenator Michael Neumann: „Die Beobachtung und Bekämpfung von Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus war der Schwerpunkt der erfolgreichen Arbeit unseres Verfassungsschutzes im vergangenen Jahr. Die klare Botschaft von mir: All jenen, die unserer Demokratie feindlich gegenüberstehen, wird auch künftig in Hamburg ein scharfer Wind entgegenwehen. Sie werden weiterhin spüren, dass unsere Demokratie zwar offen und liberal ist, Verfassungsfeinden aber kompromisslos gegenübertritt wird. An den Grundfesten unserer Demokratie, an Menschenwürde, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt, wird mit mir nicht gerüttelt. Es gilt: Null Toleranz für Extremisten.“

Rechtsextremismus

Die Zahl der Rechtsextremisten in Hamburg ist mit insgesamt 330 Personen im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr gleich geblieben. Davon werden, wie 2012, 160 Personen als gewaltorientiert eingestuft. Die Gesamtzahl der politisch motivierten Kriminalität Rechts sank auf 362 (2012: 403). Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten ging im Jahr 2013 auf 360 zurück (2012: 396), auch die Zahl der rechtsextremistischen Gewaltdelikte sank von 38 auf 32. Die Hamburger NPD ist weiterhin eindeutig neonazistisch geprägt und konzentrierte sich, wie der „Kameradenkreis Neonazis in Hamburg“, in ihrer Agitation vor allem auf die Themenfelder Asyl und Flüchtlinge. Die im Internet geführte fremdenfeindliche Kampagne wurde durch Flugblattverteilungen und das Aufhängen von Transparenten begleitet. Bei Wahlen blieb die Hamburger NPD erfolglos. So fuhr die Partei bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 mit 0,6% das bundesweit schlechteste Ergebnis ein. Trotz personeller und organisatorischer Probleme agitierte die NPD bundesweit auch 2013 in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Nach gut einjähriger Vorbereitungszeit hat der Bundesrat am 3. Dezember 2013 den Antrag auf ein Verbot der Partei beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Mitglieder der Neonazi-Gruppierung „Hamburger Nationalkollektiv & Weisse Wölfe Terrorcrew“, die Kontakte zu Rechtsextremisten in mehreren Bundesländern unterhält, begingen auch 2013 politisch motivierte Straftaten. Die Gruppe nahm im vergangenen Jahr bundesweit an einer Reihe rechtsextremistischer Demonstrationen teil.

Linksextremismus

Die Zahl der Linksextremisten blieb mit 1.120 auf dem Niveau des Jahres 2012. Davon werden weiterhin 620 als gewaltorientiert eingestuft. Der Anstieg der Straftaten im Gesamtbereich der politisch motivierten Kriminalität Links auf 895 (2012: 555) ist vor allem auf die gewalttätigen Ausschreitungen am 21. Dezember 2013, auf die Straftaten im Vorfeld und im Nachlauf zu dieser

Demonstration sowie auf den so genannten „revolutionären 1. Mai“ der antiimperialistischen Szene zurückzuführen. 297 linksextremistisch motivierte Straftaten wurden gezählt (2012: 138), die Zahl der Gewalttaten stieg von 64 (2012) auf 187. Öffentlich aktiv waren in Hamburg vor allem Autonome und Antiimperialisten. Wichtige Themenfelder waren „Antirepression“ (zum Beispiel der Protest gegen Gefahrengelände), „Antirassismus“ und Flüchtlingspolitik sowie „Anti-Gentrifizierung“, d.h. der Protest gegen städtische Umstrukturierung und Stadtentwicklungspolitik. Die Themen „Antirepression“, „Flüchtlinge“ sowie Proteste für den Erhalt der „Esso-Häuser“ und der „Roten Flora“ waren die maßgeblichen Faktoren für die Demonstration am 21. Dezember 2013 mit 7.300 Personen, darunter etwa 4.000 Gewaltbereite. Bei der Mobilisierung für den 21.12. handelte es sich um die größte in Hamburg seit den Auseinandersetzungen um die Hafenstraße in den 1980er Jahren.

Die Gruppe AVANTI ist in ihrer theoretischen Basis von kommunistischen Ideologieelementen geprägt, ihre Aktionsformen entsprechen weitgehend denen autonomer Gruppen. „Revolutionäre Gewalt“ wird in einem Grundsatzpapier als letztes Mittel gerechtfertigt, staatliche Stellen, speziell die Sicherheitsbehörden und das Gewaltmonopol des Staates, werden nicht akzeptiert. Eine Zusammenarbeit mit nicht-extremistischen Gruppierungen wird von AVANTI ausdrücklich befürwortet, auch um die eigene ideologische Position gesellschaftlich zu verankern.

Militanzdebatte und linksextremistische Gewalt

Straftaten werden in der gewaltorientierten linksextremistischen Szene seit Jahren auch mit Blick auf deren Vermittelbarkeit sowohl innerhalb der Szene selber als auch in der weiteren Öffentlichkeit diskutiert. Die Schwelle zu terroristischen Handlungen ist nach übereinstimmender Bewertung der Sicherheitsbehörden bisher nicht erreicht. Einschlägige Aktionen und eine zunehmende Gewalt-Rhetorik, insbesondere in der antiimperialistischen Szene, bergen jedoch die Gefahr, dass sich der grundsätzliche Konsens, direkte Angriffe auf Leib und Leben zu unterlassen, auflösen könnte.

Islamismus

Islamisten, insbesondere Salafisten, verstärkten im Jahr 2013 ihre öffentlichen Aktivitäten. Die Zahl der Info-Stände in der Hamburger Innenstadt, an denen unter anderem Koranausgaben verteilt werden, stieg; seit 2012 bis Frühjahr 2014 gab es mehr als 60 Stände. Hinzu kommen Koranverteilungen aus dem Rucksack. Diese Formen der Öffentlichkeitsarbeit und der Werbung werden durch eine ausführliche Dokumentation der Aktionen im Internet begleitet. Das Landesamt für Verfassungsschutz rechnet den bundesweit als islamistisch eingestuften Beobachtungsobjekten in Hamburg derzeit 2.225 Mitglieder und Anhänger zu (2012: 2.245). 240 davon werden als Salafisten eingestuft (2012: 200). Hiervon sind 70 Jihadisten, die den weltweiten bewaffneten Krieg befürworten. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr 2012 (40) beruht auf einer veränderten Zählweise, die nicht mehr zwischen Jihadisten und Verdachtsfällen unterscheidet. Der Kern islamistischer Aktivitäten liegt nicht mehr in St. Georg, sondern im ganzen Stadtgebiet. Der Bürgerkrieg in Syrien ist zentrales Thema für das jihadistisch-salafistische Spektrum. Etwa 25 Salafisten aus der Hamburger Szene reisten 2013 in Richtung Syrien, rund zehn haben ihr Ziel erreicht. Zwei Personen kamen dort ums Leben. Salafistische Organisationen wie „Ansaar International“ oder „Helfen in Not“ sammelten Spenden und organisierten Benefizveranstaltungen.

Auch die 2003 verbotene Hizb-ut Tahrir (HuT), die für die Errichtung eines weltweiten Kalifats auf der Basis der Scharia eintritt und Israel das Existenzrecht abspricht, warb massiv für die Unterstützung des Jihad in Syrien. Damit nähert sich die HuT ideologisch und aktionistisch dem jihadistisch-salafistischen Spektrum weiter an.

Wirtschaftsschutz, Wirtschaftsspionage, Spionageabwehr

Zu den Aufgaben des Landesamtes gehört es auch, Hamburger Unternehmen für Gefahren durch Wirtschaftsspionage zu sensibilisieren und bei der Abwehr zu unterstützen. Das geschah auch im vergangenen Jahr durch zahlreiche Firmenbesuche, Informations- und Vortragsveranstaltungen. Wichtige Themen waren dabei auch die Veröffentlichungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden sowie Berichte über mögliche Spionage durch westliche Nachrichtendienste. Eine weitere zentrale Frage waren elektronische Angriffe auf Unternehmen zur gezielten Know-how-Beschaffung. Ein thematischer Schwerpunkt innerhalb der Spionageabwehr ist die Abwehr von Proliferation, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und entsprechender Technik. Im Fokus standen auch im Jahr 2013 Staaten wie Iran, Nordkorea, Pakistan oder Syrien.

Scientology-Organisation und Scientology-Beratung des Landesamtes

Die Zahl der Scientologen in Hamburg ist weiter rückläufig (2013: etwa 450; 2012: rund 550). Die Organisation, die seit 1997 von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet wird, versucht bis heute, Dialogpartner aus Politik, Gesellschaft und Religion zu finden und Angebote zur Lebenshilfe anzubieten; eine wichtige Rolle dabei spielen diverse Nebenorganisationen. Die Ursprungsorganisation hat indes Konkurrenz erhalten: Abtrünnige Scientologen wenden sich verstärkt „alternativen“ Scientology-Gruppen zu. Die seit September 2010 beim Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelte Scientology-Beratung verzeichnete auch im Jahr 2013 mit rund 500 Anfragen großes Interesse.

Innensenator Michael Neumann: „Unser Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz fährt einen offenen, transparenten Kurs, soweit es einem Nachrichtendienst möglich ist. Das ist gut so. Ich werde es auch künftig aktiv unterstützen, dass die Kolleginnen und Kollegen des Verfassungsschutzes Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger sind, Vorträge halten, an Diskussionen teilnehmen und mit Info-Ständen in der Öffentlichkeit präsent sind. Ein solches Auftreten schafft und festigt Vertrauen in die unverzichtbare Arbeit unseres Verfassungsschutzes.“

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 - 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Marco Haase, Landesamt für Verfassungsschutz

Tel 040 - 42839-2007

E-Mail: Marco.Haase@verfassungsschutz.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/verfassungsschutz

15. April 2014/bsb15

Start ins neue Schuljahr: 1.052 mehr Erst- und Fünftklässler

Schulbehörde schließt Organisation der neuen ersten und fünften Klassen ab

Das Schuljahr 2014/15 wird ein besonders Jahr: Verglichen mit dem Schuljahr 2013/14 steigt die Zahl der Erstklässler an den staatlichen Schulen in den künftigen ersten Klassen um 543 auf 13.769 und in den künftigen fünften Klassen um 509 auf 12.598. Trotz dieser hohen Schülerzuwächse und trotz der freien Schulwahl in Hamburg können fast alle künftigen Erst- und Fünftklässler die von ihnen gewählten Wunschschulen besuchen. Schulleitungen und Schulbehörde ist es gelungen, 95,8 Prozent der Erstklässler an ihren Wunschschulen einzuschulen (Vorjahr 94,2 %). An den 58 Stadtteilschulen werden 5.822 Schülerinnen und Schüler eingeschult (2013/14: 5.946). Hier konnten 91,8 % der Erstwünsche erfüllt werden (Vorjahr: 92,7 %). Von 7.134 Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien (Vorjahr: 6.530) konnten 96,8% (Vorjahr: 98,1%) an ihrer Wunschschule eingeschult werden. Schulsenator Rabe hat das Startzeichen für den Versand von rund 35.000 Briefen an die Eltern der zukünftigen Vorschüler, Erst- und Fünftklässler gegeben.

An den staatlichen Grundschulen werden insgesamt 654 erste Klassen mit durchschnittlich 21,1 Kindern eingerichtet, 17 Schulklassen mehr als im letzten Schuljahr. Die durchschnittliche Klassengröße der Grundschulen mit sozial benachteiligter Schülerschaft liegt bei 18,3 Schülerinnen und Schülern, in den übrigen Grundschulen bei 22,3. Damit werden die gesetzlich festgelegten Klassenobergrenzen von 19 bzw. 23 Schülerinnen und Schülern eingehalten. Lediglich in 35 Klassen (Schuljahr 2013 41 Klassen) werden die Obergrenzen minimal überschritten, um den Kindern kurze Schulwege zu ermöglichen. Aus den gleichen Gründen erreichen umgekehrt 108 Klassen nicht einmal die Mindestgröße von 17 bzw. 21 Schülerinnen und Schülern.

An den 58 Stadtteilschulen werden 266 Klassen geplant. (Schuljahr 2013/14: 271 Klassen). Die Klassenfrequenz beträgt im Durchschnitt genau wie an den Grundschulen 21,1 Schülerinnen und Schüler pro Klasse (Schuljahr 2013/14: 21,9) und liegt damit deutlich unter der Sollobergrenze von 23 Schülerinnen und Schülern. Sieben Stadtteilschulen planen zwölf Klassen, in denen die aufgrund der regionalen Versorgung oder zur Vermeidung eines unzumutbar langen Schulweges jeweils Schülerinnen und Schüler mehr als 23 Kinder unterrichtet werden. 16 Stadtteilschulen richten dagegen 24 Klassen ein, die noch kleiner sind als die Mindestgröße von 21 Schülern pro Klasse, hier liegt der Durchschnitt bei 19,5 Schülern je Klasse.

Deutlich größer sind die neuen 262 (Vorjahr: 244) fünften Klassen der Gymnasien. Durchschnittlich befinden sich 27,2 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse (Schuljahr 2013/14: 26,7). Sechs Gymnasien planen insgesamt acht Klassen, in denen zur Vermeidung unzumutbarer Schulwege mehr als 28 Kinder unterrichtet werden. Umgekehrt richten acht Gymnasien 25 Klassen unter der

Mindestgröße von 26 Schülern je Klasse ein, hier liegt der Durchschnitt bei 24,25 Schülern pro Klasse.

151 Schülerinnen und Schüler besuchen insgesamt neun fünfte Klassen an 6-jährigen Grundschulen. Hier liegt die Klassengröße sogar bei nur 16,8 Schülerinnen und Schülern. Die meisten dieser Schülerinnen und Schüler sowie rund 800 Schülerinnen und Schüler der Gymnasien verlassen nach Klasse 6 ihre Schule und wechseln auf die Stadtteilschulen, so dass sich dann die Klassengrößen beider Schulformen einander annähern.

Vorschulklassen

8.050 Kinder werden in insgesamt 398 Vorschulklassen aufgenommen. Das sind 318 Kinder und 13 Klassen weniger als im Vorjahr.

Grundschulen

Nach der Schulorganisation starten 17 Hamburger Grundschulen mit mehr als 100 Erstklässlern in das kommende Schuljahr. Die größten Grundschulen sind die Ganztagsgrundschule Sternschanze (137), die Schule in der Alten Forst in Eißendorf (136) und die Fridtjof-Nansen-Schule in Lurup (133). Eine Reihe von Grundschulen ist deutlich zu klein, um alle gewünschten Schulbesuche zu ermöglichen. Besonders viele Schülerinnen und Schüler mussten abgewiesen werden von den Schulen Schule Richardstraße in Eilbek (-33), Elbinselschule in Wilhelmsburg (-32), Schule Kielortallee in Eimsbüttel (-30), Max-Brauer-Schule in Bahrenfeld/Ottensen (-28) sowie Louise Schroeder Schule in Altona-Altstadt (-27). Schwieriger geworden ist die Situation in den Kernbereichen von Eimsbüttel und Altona sowie im Bereich Wellingsbüttel-Sasel: Ein großer Teil der zusätzlichen Grundschüler konzentriert sich auf diese vergleichsweise kleinen Gebiete. Für 15 Schulklassen werden mobile Klassenräume aufgestellt, weil die an vielen Schulen eingeleiteten Baumaßnahmen kaum noch Platz für zusätzliche Klassen lassen.

Stadtteilschulen

Bei den Stadtteilschulen zeigt sich eine deutliche Konzentration auf bekannte frühere Gesamtschulen oder besonders profilierte Schulen zu Lasten neu gegründeter Stadtteilschulen. Die meisten Fünftklässler besuchen im kommenden Schuljahr die Stadtteilschulen Julius-Leber-Schule (185), die Gyula Trebitsch Schule Tonndorf (184), die Stadtteilschule Fischbek/Falkenberg (165), die Heinrich-Hertz-Schule (162), die Goethe-Schule-Harburg (161) und die Stadtteilschule Bergedorf (ebenfalls 161).

Aufgrund fehlender Klassenräume mussten folgende Schulen besonders viele Schülerinnen und Schüler abweisen: Goethe-Schule-Harburg (-64), Julius-Leber-Schule in Schnelsen (-61), Nelson-Mandela-Schule in Kirchdorf (-53), Stadtteilschule Blankenese (-43). Umgekehrt erreichen zwei Stadtteilschulen nicht die im Schulgesetz vorgesehene Mindestzügigkeit, allerdings aufgrund regionaler Besonderheiten. Aufgrund der zu erwartenden so genannten Rückläufer aus den Gymnasien richten diese Schulen in der Regel zwei Klassen ein und wachsen in Klasse 7 auf die Sollgröße von drei Parallelklassen an.

Gymnasien

Die meisten Fünftklässler besuchen im kommenden Schuljahr die Gymnasien Gymnasium Altona (169), Gymnasium Bornbrook in Lohbrügge (168), Gymnasium Ohmoor in Niendorf (167), Gymnasium Buckhorn in Volksdorf (165) und Gymnasium Süderelbe (163). Aufgrund fehlender Klassenräume mussten das Gymnasium Eppendorf (-39), das Matthias-Claudius-Gymnasium (-36) und das Gymnasium Klosterschule (-26) besonders viele Schülerinnen und Schüler abweisen.

Rückfragen:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

16. April 2014/bsb16

Senat zieht Bilanz zu neuer Schulform: Starke Stadtteilschulen mit starker Ausstattung

Mehr Lehrkräfte, mehr Oberstufen, mehr Ganztagsangebote

Im Sommer 2010 wurden alle 52 Haupt- und Realschulen, 40 Gesamtschulen und vier Aufbaugymnasien in Hamburg zu 52 Stadtteilschulen zusammengelegt. Ziel der damaligen Reform war es, die Zersplitterung des Hamburger Schulwesens zu überwinden und neben den Gymnasien eine kraftvolle Schulform zu etablieren, die zu allen Schulabschlüssen führt. Schulsenator Ties Rabe zog jetzt eine Zwischenbilanz: „Der Hamburger Senat will die Stadtteilschule zu einer ernstzunehmenden Alternative zum Gymnasium entwickeln. Nach drei Jahren ist jetzt ein solides Fundament gelegt. So wurden den mittlerweile 59 Stadtteilschulen rund 550 zusätzliche Lehrerstellen zugewiesen, sie haben dadurch kleinere Klassen und über 35 Prozent mehr Lehrkräfte als Gymnasien. Darüber hinaus wurden fast alle Stadtteilschulen zu Ganztagschulen ausgebaut, fast überall gymnasiale Oberstufen eingerichtet und zahlreiche Baumaßnahmen eingeleitet. Damit ist ein solides Fundament geschaffen, um jetzt Schritt für Schritt die Unterrichtsangebote und die Schulqualität weiterzuentwickeln.“

Schulsenator Rabe machte deutlich, dass die Stadtteilschule keinen leichten Start hatte: „Der Start im Sommer 2010 stand im Schatten der damals geplanten Primarschulreform. Gerade in der schwierigen Startphase fehlte es an Aufmerksamkeit und Unterstützung für die neue Schulform. Viele Schulen entstanden am Reißbrett aus unterschiedlichen Vorgängerschulen und starteten praktisch bei Null. Sie hatten keine eigene Schultradition, keine ordentlichen Schulgebäude und oft sehr heterogene Kollegien aus unterschiedlichen Vorgängerschulen. Der gleichzeitige Start der Inklusion hat diese Startprobleme verschärft. Dank des großen Einsatzes von Schulleitungen und Kollegien ist vielen Schulen dennoch ein guter Start gelungen. Einige Stadtteilschulen zählen heute zu den beliebtesten Hamburger Schulen.“

Der Hamburger Senat hat der neuen Schulform viel Aufmerksamkeit und Unterstützung gegeben. In einem ersten Schritt ging es darum, mit einer guten Ausstattung ein solides Fundament für die neue Schulform zu schaffen. Dafür hat der Senat in den letzten drei Jahren zahlreiche Maßnahmen eingeleitet:

- Der Senat hat die Stadtteilschulen mit **550 zusätzlichen Lehrerstellen** im Gegenwert von rund 40 Mio. Euro pro Jahr gestärkt. Dank dieser Verbesserungen hat heute jede Stadtteilschule bei gleicher Schülerzahl durchschnittlich neun Lehrkräfte mehr als 2010. Mit rund 8,9 pädagogischen Stellen auf 100 Schüler ist die Stadtteilschule die am besten ausgestattete allgemeine Schule (Grundschule 8,7, Gymnasium 7,6). Rund 300 dieser Stellen sind den Stadtteilschulen für neue Angebote im Bereich Ganztags, Inklusion und kostenloser Nachhilfe zugewiesen worden. Rund 250 dieser Stellen wurden für die Verbesserung der Unterrichtsqualität, für die Absenkung der Klassengröße von 28 auf 23-25 Schüler und für mehr Unterrichtsvorbereitungszeit für Lehrkräfte zugewiesen.

- Zusätzlich wurden den Stadtteilschulen **bis zu 300 Schulbegleiter** zur Betreuung von Kindern mit Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf zugewiesen.
- Der Senat hat **25 Stadtteilschulen zu Ganztagschulen ausgebaut** und damit das Angebot von 28 auf 53 Ganztagschulen fast verdoppelt. Zusätzlich wurde das Ganztagsangebot aller Stadtteilschulen erweitert: Es gibt jetzt Ferienbetreuung, Früh- und Spätbetreuung vor 8 und nach 16 Uhr und Betreuung am Freitagnachmittag.
- An 25 Stadtteilschulen wurde erstmals eine **neue Oberstufe** eingerichtet. Damit wurde das Abiturangebot von 22 auf 47 Stadtteilschulen erweitert. Das neu eingeführte Zentralabitur stellt das Abitur an Gymnasium und Stadtteilschule gleich.
- Der Senat hat **sieben neue Stadtteilschulen** gegründet, um das regionale Angebot zu verbessern: Rissen, Barmbek (Humboldtstraße), Harburg (Maretstraße), Meiendorf, Billstedt (Brüder-Grimm-Schule), Jenfeld (Max-Schmeling Schule), Veddel
- Der Senat stellt bis 2019 für die **Verbesserung der Stadtteilschulgebäude rund 700 Mio. Euro** zur Verfügung. 13 Stadtteilschulen werden für jeweils 25 – 35 Mio. Euro komplett oder weitgehend neu gebaut, weitere 14 Stadtteilschulen werden für jeweils 10 bis 20 Mio. Euro erheblich saniert oder erweitert.

Im Ergebnis konnte der Anteil der Abiturienten zwischen 2009 und 2013 – vor allem infolge der neu eingerichteten Oberstufen an den Stadtteilschulen – von rund 45 auf 58 Prozent eines Absolventenjahrgangs erhöht werden. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss von 2009/10 bis 2011/12 von 8,2 auf 6,6 Prozent. Diese eindrucksvolle Verbesserung geht mit einer höheren Bildungsgerechtigkeit einher: Mehr Absolventen aus benachteiligten Sozialmilieus erreichen höhere Schulabschlüsse.

Ties Rabe: „Die größte Stärke der Stadtteilschulen liegt darin, Schülerinnen und Schüler in ihrer Individualität anzunehmen und zu fördern. In den nächsten Jahren wird es Aufgabe sein, das Angebot der Stadtteilschulen durch kontinuierliche Verbesserung der Unterrichtsqualität weiterzuentwickeln. Dabei muss es darum gehen, die schulischen Leistungen und Erfolge der Schülerinnen und Schüler weiter zu steigern. Spitzenleistungen und hohe Leistungszuwächse sind kein Privileg des Gymnasiums, sondern der Erfolg guter Schulen.“ Erste Reformen zur Weiterentwicklung der Schul- und Unterrichtsqualität sind bereits eingeleitet worden:

- Der Senat hat für 8 Stadtteilschulen mit sozial benachteiligter Schülerschaft das **vierjährige Förderprogramm „23plus - Starke Schulen“** im Gesamtumfang von 6 Mio. Euro gestartet. Zusammen mit Schulentwicklern und verstärkt durch mehr Personal entwickeln die Schulen eigene Konzepte zur Förderung ihrer Schülerschaft.
- Der Senat hat die **Berufs- und Studienorientierung** an den Stadtteilschulen für einen gesicherten Übergang von der Schule in Beruf und Studium verbindlich in das Unterrichtsangebot der Klassenstufen 8 bis 10 eingebunden.
- Der Senat hat die **Bildungspläne für die Naturwissenschaften** in der Mittelstufe der Stadtteilschulen überarbeitet. Anstelle des 2010 eingeführten Lernbereichs

„Naturwissenschaften“ können jetzt in der Mittelstufe wieder die klassischen Unterrichtsfächer Physik, Biologie, Chemie, Informatik und Technik unterrichtet werden. Dadurch wird die Fachlichkeit des Unterrichts spürbar verbessert.

- Der Senat hat an allen Schulen einen **kostenlosen Nachhilfeunterricht** für lernschwache Schüler eingeführt und dafür den Stadtteilschulen neben dem zusätzlichen Personal jährlich weitere rund 1,2 Mio. Euro zugewiesen.
- Der Senat hat mit den **landesweiten Schüler-Leistungstests „KERMIT“** ein Instrument entwickelt, mit dem Schulen ihren Erfolg überprüfen und verbessern können.

Senator Rabe: „Hamburgs Stadtteilschulen haben zurzeit rund 4.600 Lehrkräfte und rund 56.700 Schülerinnen und Schüler mit rund 80.000 Sorgeberechtigten. Eine erfolgreiche Weiterentwicklung kann nur gemeinsam und im Einklang mit ihren Überzeugungen und Vorstellungen Schritt für Schritt erfolgen. Die Erfahrungen nach den Schulreformen des letzten Jahrzehnts zeigen, dass eine behutsame kontinuierliche Entwicklung größere Erfolge bringt als kurzfristige Reformen und übereilte Veränderungen. Am wichtigsten ist es deshalb, trotz aufgeregter Debatten, der neuen Schulform Zeit zur Entwicklung zu geben. Das Gymnasium blickt in Hamburg auf eine über 200jährige Tradition zurück, die Grundschule entstand vor knapp 100 Jahren. Die Stadtteilschule besteht dagegen erst seit dreieinhalb Jahren. Viele der Verbesserungen wie zum Beispiel die Reform der Berufs- und Studienorientierung greifen in vollem Umfang erst in den kommenden Jahren. Anstatt nach jeder Anmeldeunde hektisch das Scheitern dieser Schulform zu verkünden, sollten sich die Beteiligten vielmehr um ein wenig mehr Gelassenheit bemühen und gemeinsam daran arbeiten, dass die Stadtteilschule ein Erfolgsmodell wird. Die Stadtteilschule ist eine echte Alternative zum Gymnasium. Wenn verantwortungsvoll mit ihr umgegangen wird, wird sich dies künftig auch in steigenden Anmeldezahlen niederschlagen.“

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

15. April 2014/bwvi15

Hamburg steht zu seinen Betrieben im ländlichen Raum

Senat beschließt Agrarpolitisches Konzept 2020

Die Hamburger Agrarpolitik ist ein wichtiger Teil der Hamburger Wirtschaftspolitik. Mit dem „Agrarpolitischen Konzept 2020“ bekennt sich der Senat zu diesem Wirtschaftszweig. Ein solches praxisorientiertes Konzept hat zuvor kein anderer Senat beschlossen. In Hamburgs ländlichen Räumen produzieren 685 landwirtschaftliche und gartenbauliche Betriebe mit rund 3.340 Arbeitskräften in unmittelbarer Nähe der Stadt. Der Schwerpunkt liegt im Gemüse-, Obst-, Blumen und Zierpflanzenanbau. In Hamburg wirtschaften 34 ökologische Erzeugerbetriebe und zwei Bio-Imker.

Der Senat hat sich zum Ziel gesetzt, die Vielfalt der Hamburger Agrarwirtschaft zu erhalten und deren wirtschaftspolitische Bedeutung zu stärken. Gefördert werden daher Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Agrarinvestition, Beratung, Weiterbildung, Flächennutzung, Absatzförderung regionaler Produkte, Verbesserung des Waldmanagements und der angewandten Forschung. Ziel ist es, den aktiven Beitrag der Agrarwirtschaft in den Bereichen Ernährung, Klima- und Ressourcenschutz sowie Forschung zu sichern und zu verbessern. Im Bereich des ökologischen Landbaus wird der Senat neben der Anhebung der Flächenprämie die Etablierung einer Modellregion Bio-Obst in der Dritten Meile des Alten Landes vorantreiben. Auf Seiten des Absatzmarktes führt er seine Politik der Regionalität von Agrarprodukten konsequent fort und wird die Agrarwirtschaft der Metropolregion Hamburg durch diesbezügliche Projekte fördern.

Hervorzuheben ist ebenso die Absicht des Senats, in der Flächenbewirtschaftung durch die Einrichtung eines Clearingverfahrens „Agrarflächenmanagement“ den Ausgleich zwischen den teilweise divergierenden Nutzungsinteressen zu verbessern und so der Hamburger Agrarwirtschaft mehr Planungs- und damit Zukunftssicherheit zu verschaffen. Zur Effizienzsteigerung und Verbesserung der Flächenverfügbarkeit der Hamburger Agrarwirtschaft werden die vorhandenen Verfahrensregelungen für den Umgang mit Grundstücken, die für naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen in Anspruch genommen werden, optimiert. Für die Bauleitplanung soll eine Fachanweisung „Eingriffsregelung“ erarbeitet werden, die Vorgaben über den Umgang mit landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in der bezirklichen Bauleitplanung enthält.

Der Senat unterstützt den Anbau ökologisch erzeugter Produkte in Hamburg durch erhöhte Flächenprämien und durch weitere Maßnahmen. Der Flächenanteil des ökologischen Anbaus im Obstanbaugebiet soll bis 2025 auf 25 % erhöht werden. Im Rahmen eines dreijährigen Projektes „Modellbetriebe Umstellung auf Bio-Obst“ sollen die neuesten Erkenntnisse und Verfahren des ökologischen Obstbaus in die Praxis eingeführt werden. Zur Verbesserung der Absatzstrukturen ökologisch erzeugter Agrarprodukte unterstützt der Senat die Erarbeitung eines Konzeptes, das auf

eine effizientere Zusammenarbeit zwischen Erzeugern, weiterverarbeitenden Betrieben und Vermarktern sowie Partnern aus den vor- und nachgelagerten Bereichen hinwirkt.

Um den Gentechnikfreien (GVO-freien) Anbau in Hamburg zu sichern, wird der Senat den Beitritt zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ durch die Zeichnung der Charta von Florenz von 2005 vorbereiten. Damit spricht sich Hamburg klar gegen den Anbau gentechnisch veränderter Organismen auf den landwirtschaftlichen Flächen aus.

Das Agrarpolitische Konzept 2020 wird die Hamburger Agrarwirtschaft in den nächsten Jahren nachhaltig stärken. Hamburg steht zu seinen Betrieben im ländlichen Raum als ein wichtiger Teil unserer wirtschaftlich und landschaftlich vielseitigen Metropole.

Das vollständige Konzept finden Sie auf der Seite www.hamburg.de/bwvi/medien

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841 -2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

Folgen Sie uns auf Twitter: [@HH_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

17. April/bwvi17

Die Zukunft der Schifffahrt

smartPort Energy schafft Voraussetzung für mehr Sauberkeit und Effizienz

Die Schifffahrt wird in den kommenden Jahren steigende Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und Energieeffizienz zu erfüllen haben. Wege zur Umsetzung werden beim heutigen Schifffahrtsdialog „Handlungsoptionen für Schiffsfinanzierung und Green-Shipping“ in der Handelskammer Hamburg diskutiert. Die Branche selbst hat dies erkannt und stellt sich den Anforderungen. Manches ist bereits erreicht und auf den Weg gebracht worden. Gleichzeitig sind noch erhebliche Aufgaben zu bewältigen. Auch der Hamburger Hafen richtet sich hierauf bereits ein.

Ab 2015 gelten in der Nord- und Ostsee neue Grenzwerte. Vielfach ist von den Reedereien noch keine Entscheidung getroffen worden, ob mit dem – im Vergleich zu herkömmlichem Schiffstreibstoff – teureren Marinediesel gefahren werden wird oder der Einbau von Abgasreinigungsanlagen vorgenommen wird. Eher langfristig sehen viele den Einsatz von LNG als gangbare und umweltfreundliche Alternative an. Im Zusammenhang mit der energetischen Neuausrichtung smartPORT Energy werden derzeit im Hamburger Hafen die letzten planerischen Vorbereitungen getroffen. Im Anschluss wird Bomin Linde LNG die notwendigen Anlagenteile fertigen lassen und einen Terminal errichten. Am Kattwykhafen wird eine flexible Anlage gebaut, die schnell auf steigende Nachfragesituationen reagieren kann.

Im Hamburger Hafen wird in Zukunft über die Versorgung mit Landstrom zur Luftreinhaltung beitragen. Derzeit sind zwei Vorhaben für Kreuzfahrtschiffe in der Realisierung: einen festen Anschluss am Cruise Center Altona und eine Infrastruktur für eine Power-Barge am Cruise Center HafenCity. Damit wollen wir konkrete Erfahrungen sammeln, um in weiteren Schritten auch andere Schiffe mit Landstrom versorgen zu können.

In jüngster Zeit werden zunehmend energieeffiziente Schiffe in Fahrt gestellt. Wenn die Kosten des Treibstoffs der größte Posten bei den Betriebskosten ist, liegt es im Interesse der Reeder, den Verbrauch zu optimieren und zu mindern. Wer weniger verbraucht, erzeugt weniger Emissionen. Senator Frank Horch sagte in seiner Rede anlässlich des Schifffahrtsdialogs: „Immer mehr Auftraggeber und auch die Endverbraucher fordern für den Transport von Waren ein Höchstmaß an Effizienz und Umweltverträglichkeit, damit die Öko-Bilanz der Produkte möglichst positiv ausfällt. Deutschland nimmt eine führende Position bei Umweltinnovationen ein. Dieses Know-how gilt es verstärkt für die Schifffahrt zu nutzen.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Tel.: 040-42841-2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bwvi

[Folgen Sie uns auf Twitter: @HH_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

17.04.2014/fb17

Zusammenschluss von Hapag-Lloyd und CSAV

Stärkung des Reederei- und Schifffahrtstandortes Hamburg

Die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH ist gestern am späten Abend den in den letzten Wochen ausgearbeiteten Verträgen zwischen Hapag-Lloyd und CSAV beigetreten. Finanzsenator Peter Tschentscher begrüßte, dass die im Januar geschlossene Verständigung mit CSAV damit bestätigt werden konnte.

„Der Zusammenschluss eröffnet nicht nur für Hapag-Lloyd bessere Zukunftsaussichten in einem schwierigen Schifffahrtsgeschäft. Es ist vor allem auch für die Stadt ein Gewinn, den Zusammenschluss unter Hamburger Führung zu vollziehen und damit die Unternehmenszentrale am Ballindamm zu stärken,“ erklärte Tschentscher. Hapag-Lloyd soll noch in diesem Jahr eine Kapitalzufuhr von 370 Mio. € erhalten. Der auf die Hamburger Seite entfallende Anteil von 111 Mio. € wird vollständig von Kühne Maritime übernommen. Durch vertragliche Vereinbarungen mit den beiden anderen großen Anteilseignern CSAV und Kühne Maritime stellt die HGV sicher, dass die mit Hapag-Lloyd verbundenen Interessen der Stadt Hamburg gesichert werden.

Der Senat wird sich sobald wie möglich im Einzelnen mit den erzielten Verhandlungsergebnissen befassen, um über eine Genehmigung des Vertragswerks zu entscheiden und die Bürgerschaft über die vertraglichen Regelungen zu unterrichten.

Hintergrund

Die städtische Beteiligungsholding HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH hält aktuell rund 37 % an der Hapag-Lloyd AG. Nach Vollzug der Transaktion und Durchführung der Kapitalerhöhung wird sie voraussichtlich mit rund 23 % an dem größeren und gestärkten Unternehmen beteiligt sein.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

14.4.2014/kb14

Neue Bewerbungsphase zur Förderung Hamburger Musiklabels

Hamburger Musiklabels können ab sofort wieder Anträge im Rahmen der Labelförderung stellen

Mit Zuschüssen zwischen 3.000 und 10.000 Euro unterstützt die Kulturbehörde auch 2014 wieder Musikveröffentlichungen kleinerer Hamburger Musiklabels. Insgesamt stehen für das Förderprogramm 150.000 Euro zur Verfügung. Die Förderung zielt darauf ab, Labels zu stärken und zugleich zu motivieren, auch weiterhin in Hamburg Musik zu veröffentlichen. Das soll sich nicht zuletzt positiv auf den Künstleraufbau auswirken und die Qualität und Attraktivität Hamburgs als Musikstandort steigern.

Um sicherzustellen, dass ausschließlich gut durchgeplante und verheißungsvolle Vorhaben eine Förderung erhalten, berät ein mit Branchenvertretern besetztes Fachgremium die Kulturbehörde bei den Entscheidungen über die Mittelvergabe.

Seit 2010 unterstützt die Stadt Veröffentlichungen aus den unterschiedlichsten musikalischen Genres. Die Bandbreite reicht dabei vom Newcomer-Projekt bis zu Veröffentlichungen gestandener Künstler. Die Hamburger Labelförderung richtet sich an Kleinstunternehmen, wobei namhafte wie auch weniger renommierte Labels Chance auf Förderung haben. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 24 Projekte unterstützt.

Im Jahr 2014 erfolgt die Mittelvergabe in zwei Tranchen. Für die erste Bewerbungsphase können ab sofort Anträge gestellt werden. Die Antragsfrist endet am Dienstag, dem 27. Mai 2014 (Eingang des Antrags bei der Kulturbehörde). Die Bewerbungsphase für die zweite Förderrunde läuft vom 14. Juli bis zum 25. August 2014 (Eingang des Antrags bei der Kulturbehörde).

Im Rahmen des Hamburger Musik Forums gibt es am 5. Mai 2014 um 19:30 Uhr eine Informationsveranstaltung zur Hamburger Labelförderung in der „Hamburger Botschaft“, Sternstr. 67. Das Hamburger Musik Forum ist eine offene Veranstaltungsreihe der Regionalgruppe Nord des Verbands unabhängiger Musikunternehmen (VUT).

Für eine persönliche Beratung zum Antragsverfahren besteht die Möglichkeit der Kontaktaufnahme unter Tel.: 0176 - 383 691 05 oder per E-Mail: labelfoerderung@hamburg.de.

Weitere Informationen zur Labelförderung und die Abgabetermine für die jeweiligen Antragsphasen finden sich auch im Internet unter www.hamburg.de/labelfoerderung.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207, enno.isermann@kb.hamburg.de

17.4.2014/kb17

Künstlerhaus FRISE und Kulturbehörde bieten erstmals Wohnatelierstipendium „Studio F“ an

Bildende Künstler erhalten die Möglichkeit, für zwei Jahre im Künstlerhaus in Ottensen zu leben und zu arbeiten

Die Kulturbehörde Hamburg und das Künstlerhaus FRISE schreiben gemeinsam erstmalig ein zweijähriges Atelierstipendium für Absolventinnen und Absolventen im Bereich bildende Kunst aus.

Vom 1. Juni 2014 bis 31. Mai 2016 stellt das Künstlerhaus FRISE ein Wohnatelier von 56 Quadratmeter mit Küche und Bad für eine Hamburger Künstlerin oder einen Künstler mietfrei zur Verfügung. Die Kulturbehörde übernimmt die Mietkosten in Höhe von 510 Euro im Monat und zahlt einen Zuschuss für die Abschlussausstellung und den Katalog in Höhe von insgesamt 1.000 Euro. Von dem Stipendiaten wird erwartet, dass er sich in die Selbstverwaltung des Hauses einbringt, am Ausstellungs- und Residenzprogramm aktiv mitarbeitet und während des Stipendiums dem Verein FRISE – Künstlerhaus Hamburg e.V. beiträgt.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Durch die Förderung können wir für zwei Jahre einem Künstler die Weiterentwicklung in einem inspirierenden Umfeld ermöglichen. Mit dem Wohnatelierstipendium wollen wir es dem künstlerischen Nachwuchs ermöglichen, von der gewachsenen Struktur und dem Netzwerk im Künstlerhaus FRISE und der zentralen Lage im Herzen Altonas zu profitieren und neue Impulse in das Haus zu geben.“

Das Künstlerhaus FRISE befindet sich seit 2003 im ehemaligen Friseurinstitut in der Arnoldstraße in Hamburg-Ottensen. Um die 40 Künstlerinnen und Künstler arbeiten in Einzel- und Gruppenateliers und sind nicht nur untereinander, sondern auch mit Gästen und Partnern weltweit im Rahmen des Residenzprogramms „FRISE AiR“ vernetzt. Weitere Informationen über das Haus unter www.frise.de.

Bildende Künstlerinnen und Künstler mit erstem Wohnsitz in Hamburg, die ihr Studium in den letzten drei Jahren an einer künstlerischen Hochschule abgeschlossen haben, können sich noch bis zum 5. Mai 2014 für das Atelierstipendium bewerben.

Weitere Informationen zum Stipendium: www.hamburg.de/kulturbehoerde/stipendien

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207, enno.isermann@kb.hamburg.de

Terminkalender

er

Vom 22. April bis 4. Mai 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Dienstag, den 22.04.2014

18:00 Zentrum für Aus- und Fortbildung, Normannenweg 36
Staatsrat Michael Sachs spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung der Veranstaltungsreihe „Frauen in Spitzenfunktionen“** und nimmt an einer Podiumsdiskussion teil.

Mittwoch, den 23.04.2014

10:00 Lüneburg
Staatsrat Jens Lattmann nimmt am Treffen der **Finanzstaatssekretäre der norddeutschen Länder** teil.

11:00 Pflegen & Wohnen, Bauerberg 10
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung der „Praxis ohne Grenzen“**.

13:00 Bundeswehrkrankenhaus, Aula, Lesserstraße 13
Senator Michael Neumann verleiht anlässlich eines Empfanges die **Auslandsverwendungsmedaille an Bedienstete der Bundeswehr, die im Jahr 2013 im Auslandseinsatz** waren.

16:00 Novo- Hotel, Lübecker Straße 3
Senator Michael Neumann nimmt an der **Scheckübergabe der Starpyramide** teil.

18:00 Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt an der Podiumsdiskussion im Rahmen der **Veranstaltung „Kultur und Wirtschaft im Dialog: 2. Hamburger Kulturindex“** der Hamburger Handelskammer teil.

19:30 Warburg Haus, Heilwigstraße 16
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Verleihung der Martin Warnke-Medaille an Prof. Dr. Michael Hagner, Professor für Wissenschaftsforschung an der ETH Zürich**, ein Grußwort.

Donnerstag, den 24.04.2014

08:00 Hotel Lindner, Hamburg-Harburg
Senator Frank Horch spricht bei der **Wirtschaftskonferenz** für den Hamburger Süden **"Wirtschaft trifft Politik"**.

11:30 Hotel Hafen Hamburg
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **Mitgliederversammlung des Vereins Hamburger Spediteure e.V.** ein Grußwort.

15:00 Hamburger Rathaus, Turmsaal

Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort im Rahmen eines Senatsempfanges anlässlich der **Überreichung des Bundesverdienstkreuzes an Joachim Grabbe für sein langjähriges Engagement der plattdeutschen Sprache.**

Freitag, den 25.04.2014

- 11:30** Mercedes-Benz Werk Hamburg, Gebäude 52, Mercedesstrasse 1
Senator Frank Horch besucht das **Mercedes-Benz Werk Hamburg anlässlich der Verabschiedung des Werkleiters, Werner Schalow**, in den Ruhestand.
- 18:30** Forum der Hochschule für Musik und Theater, Harvestehuder Weg 12
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn spricht anlässlich der **Verleihung des „Hermann und Milena Ebel-Preises“** an außergewöhnlich begabte Studierende ein Grußwort.
- 19:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des Senatsempfanges anlässlich des **100-jährigen Bestehens des Deutschen Kanu-Verbandes** ein Grußwort.
- Senator Michael Neumann nimmt teil.

Samstag, den 26.04.2014

- 10:00** Atrium Hanse Merkur- Versicherungsgruppe, Siegfried-Wedells-Platz 1
Senator Michael Neumann spricht anlässlich des Festaktes zum **100jährigen Bestehens des deutschen Kanu- Verbandes** ein Grußwort
- 13:00** Jungfernstieg/Neuer Jungfernstieg
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Eröffnungsveranstaltung zum „Jahr des Wassersports“** ein Grußwort.

Sonntag, den 27.04.2014

- 16:00** Gelände der Hamburg Messe und Congress GmbH, Messeplatz 1
Senator Michael Neumann nimmt am Messerundgang der **Hanse Pferd** teil und übernimmt die Siegerehrung in Dressur und Springen.
- 19:30** Gelände der Hamburg Messe und Congress GmbH, Messeplatz 1, Halle B7
Senator Michael Neumann nimmt teil an der **Gala Show der Hamburg Messe und Congress GmbH.**

Montag, den 28.04.2014

- 11:30** Schwentnerring 6-8
Senatorin Jutta Blankau hält eine Rede beim **Richtfest der SAGA GWG im Schwentnerring, Wilhelmsburg.**
- 16:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des Senatsempfanges für die **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendberufsagenturen (JBA)** ein Grußwort.
- Senator Ties Rabe und Staatsrat Dr. Michael Voges nehmen teil.

Dienstag, den 29.04.2014

- 13:00** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 4, Hamburg
0 Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der **Betriebsversammlung der S-Bahn Hamburg GmbH** ein Grußwort.
- 16:30** Rathaus, Raum II
0 Senator Frank Horch empfängt eine **Delegation aus Indien** zu einem Gespräch zum Thema „Schifffahrt“.

18:0 Rathaus, Großer Festsaal
0 Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **traditionellen Maiempfangs** ein Grußwort.

Mittwoch, den 30.04.2014

14:0 Rathaus, Phönixsaal
0 Bürgermeister Olaf Scholz und Senator Frank Horch sprechen anlässlich der **Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding** zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und Cisco International Ltd zur Smart City Initiative ein Grußwort.

18:0 Aula der Luise-Schroeder-Schule, Thedestraße 100
0 Bürgermeister Olaf Scholz trifft **Mitglieder der griechischen Gemeinschaft Hamburgs** zum Gespräch.

19:0 Hotel Lindner, Hamburg-Harburg
0 Senator Frank Horch ist Festredner anlässlich einer **Gemeinschaftsveranstaltung des Rotary Club Hamburg-Harburg und des Lions Club Hamburg-Harburg**.

Donnerstag, den 01.05.2014

11:0 Ab Lohmühlenpark/Lange Reihe
0 Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **traditionellen Demonstration der Gewerkschaften zum 1. Mai** teil.

Samstag, den 03.05.2014

17:0 Schauspielhaus, Kirchenallee 39
0 Bürgermeister Olaf Scholz besucht die Aufführung des **Antikenzyklus „Die Rasenden“**.

Sonntag, den 04.05.2014

08:5 Startbereich Karolinenstraße
0 Bürgermeister Olaf Scholz gibt gemeinsam mit dem Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse AG, Dr. Harald Vogelsang, das Startsignal zum **diesjährigen Haspa Marathon Hamburg**.